Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Paul Geißmann. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 20.

Bezugspreis: durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8abengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 200 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 200 — Montag, den 30. August 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Großorganisationen der Eisenbahner wenden sich gegen die politischen Kontrollen des Eisenbahnverkehrs und bezeichnen sie als Eingriffe in die Regierungsgewalt.

*

In Berlin fand eine große eindrucksvolle Kundgebung für Oberschlesien statt, die von etwa 50 000 Personen besucht war und ruhig verlief.

*

Die Messe in Leipzig setzte rege ein. Der Besuch war an Einkäuferkreisen gegenüber der Frühjahrsmesse geringer.

*

Rußland soll bereit sein, in Minsk einen Waffenstillstandsvertrag zu unterzeichnen.

Der Geist der Zerstörung.

Fürstenwalde und Kiel.

Eine bittere Suppe ist es, die die deutsche Regierung infolge der Zerstörung des französischen Konsulats in Breslau bei der Entente auszulöffeln hat. Aber ein Unglück kommt selten allein. Zwei andere Fälle verschärfen den Konflikt: Fürstenwalde und Kiel. In der Metallwarenfabrik von Julius Pintsch in Fürstenwalde haben die eigenen Arbeiter 28 Bombenwurfapparate zerschlagen. Der Schaden beträgt nur eine Million Mark höchstens, aber sie waren bereits Eigentum der Entente. Sie wurden seinerzeit für die Reichsmarine gebaut, kamen aber nicht mehr zur Ablieferung. Die alliierte Ueberwachungskommission — wir besitzen bekanntlich auf deutschem Boden deren drei, darunter den Flugwesen-Ueberwachungsausschuß — bestimmte, daß diese 28 Flugmordwaffen einzupacken seien. Dies war auch zum Teil bereits geschehen. Plötzlich riefen die radikalen Elemente der Fabrik eine Versammlung der Belegschaft ein, behaupteten, die Apparate seien für den Krieg gegen Rußland bestimmt und erreichten einen Mehrheitsbeschluß für die Zerstörung. Alles Flehen der Gewerkschaftssekretäre und der Fabrikleitung half nichts. Mit Hämmern und Meißeln wurde das Ententegut vernichtet. Dies der eine Fall. Der andere: Der Betriebsrat der Reichswerft in Kiel verlangt, daß 230 dort lagernde Flugzeugmotoren nicht, wie die Entente will, unbrauchbar gemacht, sondern zu Kulturzwecken, z. B. für Straßenbahnen benutzt werden. Das ganze deutsche Proletariat müsse mithelfen, die geplante kapitalistische Wahnsinnstat zu verhindern. Der Wortgebrauch kapitalistische Wahnsinnstat deutet wieder auf einen politisch-radikalen Ursprung der Kundgebung. An sich ein schöner Gedanke, die Rettung der Motoren für Kulturzwecke. Wenn aber die Entente nicht will? Am 31. August soll die Zerstörungsarbeit beendet sein. Man hätte also etwas früher anfragen sollen, in ruhiger Form und mit sachlichen Gründen. Aber die Kriegsansage des Proletariats an die siegreichen Westmächte wegen 230 Motoren, das ist eine viel größere Wahnsinnstat als die von der Entente vielleicht nur aus Mißverständnis und Nachlässigkeit geforderte Zerstörung. Und wie reimt sich der Kieler Rettungsbeschluß mit der Fürstenwalder Zerstörungswut zusammen? In Fürstenwalde sind es zwar keine Motoren, sondern reine Kriegswaffen gewesen. Aber durch vernünftiges Abmontieren und Zerlegen hätte man immerhin einen Wert für die Kultur retten können. Doch die Schreier wollten ein Exempel statuieren und dabei kommt es ihnen auf eine Million Mark Kulturwert nicht an. Sogar die Rote Fahne, das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) fühlt den klaffenden Widerspruch im Verhalten der Kieler und Fürstenwalder Arbeiter und hilft sich mit der Redensart, es gehe in beiden Fällen gegen die Bourgoisie. In beiden Fällen habe sich das Proletariat mit dem gleichen Recht der Notwehr gegen die Konterrevolution gewandt. Hohle Schlagworte, mit denen die radikale Presse wie der Tintenfisch Trübungen erzeugt wenn sie nicht mehr weiter weiß. In Wahrheit handelt es sich in Fürstenwalde wie in Kiel um dieselbe unverantwortliche Eigenmächtigkeit, die der Hauptbetriebsrat der Eisenbahner zeigte, als er entgegen den klaren Vorstellungen der Behörden alle Waffentransporte verbot. Das ist eben nichts anderes als Nebenregierung. Das ist der Staat im Staate. Der Kampf in der inneren Politik des kranken deutschen Reiches muß ausgetragen werden, sonst ist das Ende die Auflösung. Militärische und polizeiliche Kräfte hat die deutsche Regierung nicht genug um diesen Kampf mit Gewalt durchzuführen. Bleibt nur die Aufklärung. Es muß den Betriebsräten und Arbeiterausschüssen klar gemacht werden, daß die offene Auflehnung und Sabotierung gegenüber dem Versailler Vertrag zu einer furchtbaren Katastrophe führen muß, bei der die Arbeiterschaft nicht der am wenigsten leidende Teil der Bevölkerung wäre. Es gibt einen Artikel 202 des Friedensvertrages, um den wir im Augenblick sowenig herumkommen wie um soviele andere schier unerträgliche Bestimmungen. Darnach müssen Motore genau so wie Abwurfapparate ausgeliefert oder zerstört werden, ganz wie die Entente es wünscht. Wer war denn in Versailles so schnell für die Unterzeichnung? Wer hat denn unterschrieben? In erster Linie die Vertreter derjenigen Parteien, die jetzt den proletarischen Kampf gegen die kapitalistische Entente aufnehmen wollen. Es ist ein ungleicher Kampf. Er stürzt das ganze Volk ins tiefste Unglück. Wollen das die Unverantwortlichen in letzter Stunde nicht einsehen?

Die Großorganisation der Eisenbahner gegen die politische Verkehrskontrolle.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, der Allgemeine Eisenbahner-Verband und die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner haben folgenden offiziellen Beschluß gefaßt:

Die Großorganisationen des Eisenbahnpersonals sind bei ihren Weisungen an ihre Mitglieder, keine Truppen- und Kriegsmaterialtransporte durch Deutschland zu befördern, davon ausgegangen, daß die von der deutschen Regierung proklamierte Neutralität gegenüber dem russisch-polnischen Krieg unter allen Umständen eingehalten und dem deutschen Volk kriegerische Verwicklungen erspart bleiben müssen. Demgemäß bezogen sich die Beschlüsse auf solche Transporte, die zugunsten einer kriegführenden Macht durch Deutschland rollen sollten. Die Versorgung des deutschen Heeres und der gesetzmäßigen Polizeitruppen mit Ausrüstung, Waffen und Munition ist ausschließlich Sache der Regierung und darf nicht behindert werden, vertragsmäßige Verpflichtungen gegenüber nichtkriegführenden Ländern, mit denen Deutschland im Frieden lebt, zu erfüllen. Die Großorganisationen mißbilligen es, wenn einzelne Organe in unzulässiger Weise in die Hoheitsgewalt der gesetzmäßigen Regierung eingreifen.

Die Großorganisationen des Eisenbahnpersonals erklären ferner, daß sie keiner außerhalb des Eisenbahnbetriebes stehenden, parteipolitisch zusammengesetzten Stelle ein Kontrollrecht auf Eisenbahntransporte zuerkennen können. Die Großorganisationen des Eisenbahnpersonals und ihre Mitglieder lehnen es ab, von solchen Stellen Weisungen entgegenzunehmen. Sollten solche Kontrollen notwendig sein, so sind sie zwischen allen Großorganisationen des Eisenbahnpersonals und dem Reichsverkehrsministerium zu vereinbaren.

Eine Erklärung des Reichsverkehrsministeriums.

Das Reichsverkehrsministerium äußert sich in der Deutschen Allgemeinen Zeitung u. a. wie folgt zur Frage der Verkehrskontrolle: Hinsichtlich der Waffen- und Munitionstransporte sind von der Reichsregierung in den vorher erwähnten Besprechungen besonders scharfe Bestimmungen beschlossen worden. Ihr Erlaß in Gesetzesform steht unmittelbar bevor. Für die Eisenbahn ist hiervon am wichtigsten, daß ein allgemeines Verbot der Versendung von Militärwaffen und -munition erlassen wird, von dem allein die regelmäßigen Ersatz- und Nachschubtransporte für die Ententetruppen und die im Auftrage der Verwertungsstellen des Reichsschatzministeriums zwecks Verschrotung militärischen Materials auszuführenden Transporte ausgenommen werden. Andere Beförderungen von Waffen und Munition, auch die für die Reichswehr und die Sicherheitspolizei, dürfen nur ausgeführt werden, wenn sie vom Reichswehrministerium oder den Zentralpolizeistellen besonders genehmigt sind. Die Dienststellen der Eisenbahnverwaltung werden also künftig vor der Annahme von Waffen und Munition zur Beförderung zu prüfen haben, ob diese Transporte genehmigt sind und die entsprechenden Genehmigungsurkunden beigebracht werden.

Entsteht während des Transportes auf der Eisenbahn der Verdacht, daß eine Sendung falsch deklariert ist, so hat nach den bestehenden Vorschriften der Eisenbahnverwaltung jeder Bedienstete nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dem nächsten Dienststellenvorsteher seinen Verdacht zu melden. Er selbst hat sich jedes Eingriffes in die Beförderung der verdächtigen Sendung zu enthalten; es ist lediglich die Aufgabe des Dienststellenvorstehers, nachzuprüfen, ob der Verdacht berechtigt ist, und wenn dies der Fall ist, die betreffende Sendung von der weiteren Beförderung auszuschließen und der nächsten zur Beschlagnahme befugten Behörde zuzuführen.

Zum russisch-polnischen Krieg.

Vertagung der Friedensverhandlungen.

Infolge der schlechten Verständigungsmöglichkeit zwischen Minsk und Warschau haben die russischen Behörden beantragt, den Sitz der Verhandlungen in ein neutrales Land zu verlegen. Es scheint, daß die Regierung sich dieserhalb bereits mit der polnischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt hat.

In einer Erklärung der polnischen Delegation in Minsk wird behauptet, daß der Krieg den Polen aufgezwungen worden sei. Es sei die Absicht der Sowjetregierung gewesen, Polen gegen den Willen des polnischen Volkes ein Sowjetregime aufzubürden. Die polnische Unabhängigkeit und Freiheit sei also von der Sowjetregierung bedroht worden. Den Bolschewisten habe Polen Widerstand leisten müssen. Polens Wunsch sei, der ganzen ermatteten Welt Ruhe und Friede zu verschaffen, aber es müsse eine Bürgschaft für seine Unabhängigkeit haben und könne nicht gestatten, daß Rußland sich in seine inneren Angelegenheiten einmische, ebensowenig wie Polen sich in innere Angelegenheiten anderer Staaten menge.

Die Schwenkung der englischen Arbeiter.

Der Vollzugsausschuß des sozialdemokratischen Bundes (früher nationale sozialistische Partei) hat eine Entschließung angenommen, in welcher mit größtem Nachdruck gegen einen Massenstreik oder Generalstreik protestiert wird, welcher notwendigerweise Elend und Entbehrungen über die ganze Bevölkerung bringen und zu Anarchie und Bürgerkrieg führen müßte. Die Abstimmung der Bergarbeiter über die Frage des allgemeinen Streiks ist so gut wie beendigt. Die endgültigen Ergebnisse werden auf der allgemeinen Bergarbeiterkonferenz in London am 2. September bekanntgegeben werden; wahrscheinlich werden sie aber bereits der Versammlung der Vollzugsausschüsse des Dreibundes am 31. August vorgelegt werden, da die Bergarbeiter die Unterstützung des Dreibundes zu erhalten suchen. Man erwartet, daß die Versammlung am 31. August Vorschläge machen wird, welche darauf abzielen, die Verhandlungen mit der Regierung wieder zu eröffnen, und daß die Bergarbeiterkonferenz versuchen wird, den Streik aufzuschieben. Die Abstimmung hat anscheinend die notwendige Zweidrittelmehrheit zugunsten des Streiks ergeben. Wenn der Dreibund keine Schritte für eine friedliche Beilegung unternimmt, erwartet man, daß die Leitung der Gewerkschaften sich bemühen wird, eine Krisis zu verhindern.

Wigdor Kopp über Minsk und die russischen Beziehungen zu Deutschland.

In einer Unterredung des Vertreters der Sowjetregierung in Berlin mit einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes über die Frage des Friedensschlusses zwischen Rußland, Polen und der übrigen Welt erklärte Herr Kopp u. a.: Wir können von einer gewissen Demobilisierung Polens nicht abgehen. Wir nehmen dabei an, daß, wenn der Friedensvertrag für Deutschland eine Armee von 100 000 Mann vorsieht, eine entsprechende Verkleinerung der polnischen Armee für die östlichen und westlichen Nachbarstaaten Polens eine unbedingte Notwendigkeit ist. Wir geben nicht vor, pazifistisch zu sein, weil Pazifismus und Bolschewismus sich gar nicht vereinigen lassen, aber wir können ruhig feststellen, daß wir aus wirtschaftlichen Gründen den russisch-polnischen Frieden benötigen. Wir werden aber, wenn uns Polen hinlängliche Garantien für die Innehaltung des Friedens gibt, die bekannte, von England vorgeschlagene Grenzlinie zugunsten der Polen weiter nach Osten verschieben, weil wir einsehen, daß eine derartige Expansion für das polnische Volk notwendig ist. Im Zusammenhang mit der polnischen Frage wird sich dann von selber auch die deutsche und die Ententefrage regeln. Ich glaube und hoffe daß wir in Minsk alles erreichen werden, was für einen polnischen und somit europäischen Frieden nötig ist, damit die tatsächlichen wirtschaftlichen Beziehungen, die wir bereits jetzt zu Deutschland pflegen, auf eine formelle Grundlage gestellt werden. Wir werden unsere Beziehungen rein technisch gestalten, um alle politischen Erörterungen überflüssig zu machen. Die vom Reichsminister Simons verlangte Sühne in der Affäre Mirbach wird, soweit ich unterrichtet bin, keinen Grund zu Weigerungen geben, da wir, um dieses Friedens willen, gern bereit sind die Genugtuung zu geben. Gleichzeitig mit dieser Aufnahme der politischen Beziehungen werden wir eine allgemeine Regelung des Journalistenverkehrs herbeiführen. Bisher konnten wir uns zu einer generellen Zulassung der Journalisten nicht entschließen, da verschiedene Fälle von Spionage durch nichtdeutsche Journalisten bereits in den ersten Anfängen unserer Revolution festgestellt werden mußten.

400 000 Tonnen Kohlenausfall infolge der Unruhen in Oberschlesien.

Der mehrtägige Generalstreik der Polen hat die Kohlenförderung und damit die ganze wirtschaftliche Situation des Reiches außerordentlich beeinträchtigt. Der Ausfall vom 20. bis 26. August betrug rund 400 000 Tonnen.

Ueber die Folgen des durch den polnischen Generalstreik in Oberschlesien verursachten Ausfalles in der Kohlenförderung wird dem B. T. noch gemeldet: Die Folge des Ausfalles ist, daß die Versorgung der deutschen Staatsbahnen nicht mehr durchgeführt werden konnte. Die Wirkung dieser mangelhaften Belieferung wird sich erst später zeigen. Gerade in der jetzigen Zeit sollen die Getreide-, Kartoffel- und Rübenlieferungen erfolgen. Um sie durchzuführen, wird es notwendig sein, den Warenverkehr infolge des Kohlenmangels wieder starkeinzuschränken. Schwer zu leiden haben auch noch die Gas- und Elektrizitätswerke, von denen eine große Reihe im Reiche ihren Betrieb hat einstellen müssen. Ebenso ist der Ausfall der Kohlenförderung in Oberschlesien für die Industrie geradezu katastrophal. Es kommt noch hinzu, daß Deutschland jetzt auch die von der Entente aufgegebenen Pflichtlieferungen nicht im entferntesten